

Brüssel Aktuell 36/2015

9. bis 16. Oktober 2015

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Umweltfreundliche Beschaffung: Neues Handbuch und Preiswettbewerb

Am 1. Oktober veröffentlichte das Klimabündnis ein [Handbuch](#) über „die Einbindung von nachhaltiger öffentlicher Beschaffung in die Aktionspläne für nachhaltige Energie des Konvent der Bürgermeister“ (siehe *Brüssel Aktuell* 30/2015). Der Leitfaden soll Kommunen dabei helfen, einen Aktionsplan für nachhaltige Energie im Rahmen des Konvents der Bürgermeister zu erstellen und hierbei nachhaltige Beschaffung einzubinden...

Datenschutz: EuGH zur Übertragung von Daten

Mit Urteil vom 1. Oktober legte der Europäische Gerichtshof in der Rechtssache [C-201/14](#) die Richtlinie [95/46/EG](#) aus. Er kam so zu dem Ergebnis, dass eine Verwaltungsbehörde nicht an eine andere Behörde personenbezogene Daten übermitteln und ihre anschließende Verarbeitung erlauben darf, ohne die betroffene Person hiervon zu unterrichten...

Beihilferecht: EuGH behält Rechtsprechung zur Rückwirkung von Rechtsakten bei

Mit Urteil vom 6. Oktober (Rechtssache [C-303/13 P](#)) bestätigte der Europäische Gerichtshof seine bisherige Rechtsprechung zur Rückwirkung von Rechtsakten. Danach ist eine neue materiell-rechtliche Vorschrift grundsätzlich unmittelbar auf die künftigen Auswirkungen eines Sachverhaltes anzuwenden...

TTIP: Kritische Gewerkschafts-Studie veröffentlicht

Der Europäische Gewerkschaftsbund für den öffentlichen Dienst (engl. EPSU) stellte am 12. Oktober eine kritische [Studie](#) zu den Auswirkungen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen den USA und der EU vor (zuletzt *Brüssel Aktuell* 34/2015). In der Studie finden sich auch Ausführungen zu den Daseinsvorsorgeleistungen. Allerdings konzentriert sich die Studie im Wesentlichen auf die Darstellung der Interessenlage von Industrie- und Wirtschaftsverbänden und geht kaum auf die vorliegenden Textvorschläge zu TTIP ein. (Si)

Schutz nichtlandwirtschaftlicher Erzeugnisse: Parlament befürwortet Ausdehnung

Das Europäische Parlament entschied am 6. Oktober, eine Ausdehnung des [Schutzes der geographischen Angaben](#) der Europäischen Union (zuletzt *Brüssel Aktuell* 27/2015) auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Meissner Porzellan, zu befürworten. Zudem forderte es die EU-Kommission auf, einen Gesetzesvorschlag zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Schutzsystems für geographische Angaben bei nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnissen vorzulegen...

Soziales, Bildung und Kultur

Flüchtlingskrise I: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 7 angenommen

Am 8. und 14. Oktober gaben der Rat der EU (Justiz und Inneres) und das EU-Parlament grünes Licht für den [Berichtigungshaushaltsplan Nr. 7](#) der EU für das Haushaltsjahr 2015 zu haushaltspolitischen Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda. Gemäß dem [Standpunkt](#) des Rats und dessen Billigung per [Entschließung](#) des Parlaments werden somit noch in diesem Jahr zusätzliche Mittel für Soforthilfen aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) sowie aus dem Fonds für die innere Sicherheit (ISF), für das Europäische Nachbarschaftsinstrument, für humanitäre Hilfe sowie für neue Planstellen in EU-Agenturen zur Verfügung stehen. Dies wird teilweise durch Umschichtungen möglich gemacht. Es handelt sich zum Großteil um Verpflichtungsermächtigungen.

Flüchtlingskrise II: Rückkehrpolitik, Umsiedlungen und weitere Entwicklungen

*In seiner Tagung vom 8. und 9. Oktober befasste sich der Rat der EU mit mehreren Aspekten der Migration. So nahmen die Minister auch [Schlussfolgerungen](#) zur Zukunft der Rückkehrpolitik an. Zudem informierten sie sich über den [Stand der Beratungen](#) in den Vorbereitungsgremien des Rats zur [Liste](#) sicherer Herkunftsstaaten und zum Rahmen für einen [Umsiedlungsmechanismus](#) in Krisensituationen (vgl. *Brüssel Aktuell* 31/2015). Auf der Tagesordnung weiterer Zusammenkünfte der Regierungsvertreter im Oktober stand die Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Fokus. Überdies fand mittlerweile die erste Umsiedlung statt.*

Migration: EuGH zu Freiheitsstrafe gegen erneut illegal eingereiste Personen

Mit Vorabentscheidungsurteil vom 1. Oktober in der Rechtssache [C-290/14](#) erklärte der Europäische Gerichtshof eine Haftstrafe gegen eine Person, die trotz eines Rückkehrverbotes erneut illegal im Unionsgebiet aufgegriffen wird, für mit der Rückführungsrichtlinie [2008/115/EG](#) vereinbar...